

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Bau- und Entwicklungsausschuss	28.08.2025	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	14:30 - 20:06 Uhr

Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzende

Schriftführer

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Bürgermeisterin Bauernschmitt begrüßt den Ausschuss für Weinbau, Landwirtschaft und Forsten zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2.

AM Hagen regt an, den Tagesordnungspunkt 20 zu vertagen. Es wird in Absprache mit den Ausschussmitgliedern vereinbart, die Behandlung von TOP 20 von der zur Verfügung stehenden Zeit abhängig zu machen.

AM Brodhag spricht sich dafür aus, zunächst TOP 20 zu beraten und anschließend TOP 1 zu behandeln. Bürgermeisterin Bauernschmitt stellte klar, dass es sich bei TOP 20 um einen ersten Impuls handle. Frau Müller ergänzte, dass alle vorgebrachten Änderungen im Flächennutzungsplan zu gegebener Zeit noch berücksichtigt würden. Bürgermeisterin Bauernschmitt betont, dass es an der Zeit sei, das Verfahren zum Flächennutzungsplan voranzubringen. Teiländerungen in separaten Verfahren seien dabei durchaus erwartbar und möglich. Gleichzeitig müsse der Flächennutzungsplan in absehbarer Zeit zur Rechtskraft gebracht werden.



Bürgermeisterin Bauernschmitt nimmt die Verpflichtung von Herrn Fabian Sieber für den Weinbau, Landwirtschaft und Forsten vor.

Tagesordnung:**Öffentliche Sitzung:**

- 1 Fortschreibung Flächennutzungsplan
hier: Billigung des Entwurfes zur Durchführung der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB
- 2 Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben - Bedarfsgerechter Ausbau der B 37 zwischen der AS Friedelsheim und Verzweigung Bad Dürkheim Ost
hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
- 3 Fortschreibung des Teilregionalplans Freiflächen-Photovoltaik
hier: Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Personen des Privatrechts gemäß § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz i.V.m. § 6 Abs. 3, 4 und § 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz
- 4 Bebauungsplan "In den Kornwiesen"
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Absatz 1 BauGB
- 5 Gemeinde Ellerstadt - Bebauungsplan "Erweiterung 2 - Gewerbegebiet In der Nauroth"
hier: Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB
- 6 Parkraumbewirtschaftungskonzept
- 7 Radverkehrskonzept
hier: Kurparkachse
- 8 Kindertagesstätte Leistadt
hier: Vergabe der Dachdecker-, Spengler-, Zimmerer- und Gerüstbauarbeiten
- 9 Baubetriebshof
hier: Vergabe Mietwäsche Warnschutzkleidung für die Mitarbeitenden
- 10 Informationen
- Therme
- Rustengut
- 11 Anfragen

Anwesenheitsliste

Bau- und Entwicklungsausschuss

vom 28.08.2025

Bürgermeisterin:

Bauernschmitt, Natalie

CDU:

Blass, Peter	für Herrn Kalbfuß ab TOP 10
Hanke, Alexander	
Hoffmann, Gisela	
Kalbfuß, Thomas	bis TOP 10
Riedle, Stefan	
Rings, Manfred	Vertretung für Frau Christine Michler
Schendera, Patrick	Vertretung für Herrn Peter Schneeganß
Wolf, Markus	

SPD:

Brust, Alexander	ohne TOP 16
Lang, Ralf	
Müller, Beate	ohne TOP 3, ohne TOP 16

FWG:

Freunscht, Jürgen	
Günther, Axel G.	bis TOP 16
Parti, Arun	

FDP:

Brodhag, Peter	
Schacht, Thorsten	Vertretung für Frau Petra Dick-Walther

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Dormann, Korinna	Vertretung für Herrn Dr.-Ing. Armin Ulonska
Hagen, Judith	
Mühlbeier, Ralph	

Verwaltungsmitarbeiter:

Moritz, Florian	für TOP 6 + TOP 7
Müller, Petra	
Wietschorke, Steffen	

Schriftführer:

Wey, Mathias

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Fortschreibung Flächennutzungsplan

hier: Billigung des Entwurfes zur Durchführung der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 2025/0162/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert das bisherige Verfahren und die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Der überarbeitete Entwurf des Flächennutzungsplans und des Landschaftsplans wird zur Durchführung der förmlichen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB gebilligt. Auf dieser Grundlage sind die v. g. förmlichen Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 2:

Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben - Bedarfsgerechter Ausbau der B 37 zwischen der AS Friedelsheim und Verzweigung Bad Dürkheim Ost

hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Vorlage: 2025/0108/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein und erläutert die bisherige Historie.

AM Günther teilt mit, dass bei einer Ablehnung des heutigen Beschlussvorschlags keine ausgearbeitete Stellungnahme für den Landesbetrieb Mobilität (LBM) vorläge. Der Beschlussvorschlag solle daher geändert werden. Bürgermeisterin Bauernschmitt erklärt, dass die Stadt Bad Dürkheim in jedem Fall eine Stellungnahme abgeben werde. Eine Fristverlängerung zur Abgabe der Stellungnahme sei beantragt und gewährt worden.

AM Lang teilt für die SPD-Fraktion mit, dass die Fraktionsmitglieder unterschiedlicher Auffassung seien. Es bestünde die Sorge, dass wirtschaftliche Einbußen zu befürchten seien. Man habe viele Gespräche mit Pendlern und Winzern geführt. Ein Grund für einen Ausbau in diesem Umfang sei in diesem Personenkreis nicht erkennbar.

Nach deren Auffassung entstünden Staus vor allem durch Feste. Die eigentlichen Verkehrsprobleme lägen vielmehr innerhalb der Stadt, insbesondere im Bereich Kanalstraße, Pfeffinger Kreisel und Gewerbegebiet. Es würden erhebliche Steuergelder aufgewendet, ohne dass für die Stadt ein Mehrwert erkennbar sei. Die Verkehrszahlen seien nicht gestiegen, sodass die Notwendigkeit des Ausbaus aus Sicht der SPD-Fraktion nicht gegeben sei. AM Lang weist zudem darauf hin, dass der Bau auch dann umgesetzt werden könnte, wenn die Stadt dem Ausbau nicht zustimme.

Bürgermeisterin Bauernschmitt macht darauf aufmerksam, dass die hierfür vorgesehenen Gelder nicht an anderer Stelle in Bad Dürkheim ausgegeben werden könnten. Die Maßnahmen könnten jedoch mit einer notwendigen Sanierung möglicherweise gekoppelt werden.

AM Hagen spricht sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Projekt aus. Die Maßnahme sei nicht zeitgemäß und nicht sinnvoll. Zudem sei die Stellungnahme des Klimabeirats nicht in die Entscheidungsgrundlage eingebunden worden.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt dazu mit, dass die Stellungnahme des Klimabeiratsvorsitzenden der Sitzungsvorlage beiläge.

AM Brodhag erklärt für die FDP-Fraktion, dass die Gefährlichkeit der Kreuzung des landwirtschaftlichen Verkehrs nach seiner Auffassung inzwischen nicht mehr gegeben sei. Es stelle sich die Frage, ob die vorgesehene Unterführung tatsächlich notwendig sei. Von dem Ausbau würden rund 20.000 Autofahrer profitieren, während nur sechs bis sieben Winzer einen Vorteil von der Unterführung hätten. Die Notwendigkeit der Unterführung sei daher zu hinterfragen. Im Übrigen werde das Projekt von der FDP-Fraktion befürwortet.

Beigeordneter Ester betont, dass die geplante Unterführung von großer Bedeutung sei. Das Überqueren der Fahrbahn sei insbesondere für Fahrzeuge mit Anhänger sehr schwierig. Bereits am Neuberg stelle sich die Situation als problematisch dar, an der vorgesehenen Stelle wäre sie noch herausfordernder. Für die Landwirtschaft sei die Unterführung daher zwingend erforderlich. Sie sei von der Stadt beim LBM ausdrücklich eingefordert worden.

AM Hoffmann spricht sich für die geplante Unterführung aus. Unter Hinweis auf das Mobilitätskonzept betont sie, dass der KFZ-Verkehr reduziert und der Radverkehr gestärkt werden solle. Unklar sei jedoch, wie eine Kompensation für den zunehmenden Autoverkehr erfolgen solle.

AM Dorrman berichtet, dass aus der Bürgerschaft die Rückmeldung erfolgt sei, dass ein Ausbau der B 37 nicht notwendig sei. Vielmehr solle das Geld in Schulen, Kindergärten und vergleichbare Einrichtungen investiert werden. Nach einer vorliegenden Wirtschaftsstudie sei die Verkehrssituation als gut bewertet worden, sodass kein Problem gesehen werde.

AM Wolf berichtet, dass es innerhalb seiner Fraktion unterschiedliche Auffassungen gebe. Es wird ausgeführt, dass ein Ausbau erforderlich sei, da es sich um eine Investition in die Infrastruktur handle. Bereits heute würden auf einer zweispurigen Straße ohne Seitenstreifen rund 21.000 Fahrzeuge gezählt, künftig seien bis zu 25.000 Fahrzeuge zu erwarten. Der Ausbau werde daher benötigt. Es wird kritisiert, dass der LBM für das Verfahren zu lange gebraucht habe und ein zeitnahe Ausbau nicht ersichtlich sei. Es handle sich jedoch um einen Lückenschluss, der schon immer vorgesehen gewesen sei. Zudem stünden ohnehin Sanierungen an, die mit Sperrungen verbunden seien. Ohne Ausbau könnten diese zu noch stärkeren Einschränkungen führen. Das wachsende Verkehrsaufkommen müsse aufgenommen werden. Die vorgesehene Unterführung sichere den landwirtschaftlichen Verkehr und sei auch für Rad- und Fußgängerverkehre von Bedeutung. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass eine Querung geschlossen werde, wenn es dort zu Konfliktpotenzial komme. Die eingehenden Stellungnahmen würden im weiteren Verfahren geprüft und in die Planung einfließen. Dabei sei auch die Stellungnahme des Weinbauvereins ausdrücklich zu berücksichtigen.

AM Schmitt führt aus, dass ein Ausbau in der vorgesehenen Form nicht notwendig sei. Die hierfür vorgesehenen Mittel könnten an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden. Zudem seien Einwände in der Vergangenheit nicht ausreichend berücksichtigt worden. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag werde er daher nicht zustimmen.

AM Mackensen-Geis weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Stadt möglichst umfassend und sorgfältig abzufassen sei. Sämtliche vorgebrachten Argumente müssten darin berücksichtigt werden. Dabei solle auch ein ausdrücklicher Hinweis auf den Schutz der Natur aufgenommen werden. Zudem sei es von Bedeutung, die Stellungnahme des Klimabeirats in die Entscheidungsgrundlage einzubeziehen.

AM Mühlbeier erklärt, dass er dem Vorhaben auf keinen Fall zustimmen könne. Verschiedene Beschlüsse der vergangenen Jahre stünden dem entgegen.

Herr Wietschorke führt aus, dass es sich um eine Strecke von 1,4 km handle. Die Baustelle könne auf dieser Länge zeitlich gut planbar umgesetzt werden. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass es sich um eine ältere, überregionale Straßenplanung handle, die seinerzeit als notwendig erachtet worden sei. Der vierspurige Ausbau sei zudem was den Flächenverbrauch angeht sparsamer geplant als in Richtung Ludwigshafen.

AM Brenzinger wirft die Frage auf, ob der Bau der Unterführung im Bereich der Deponie berücksichtigt worden sei. Nördlich lägen Deponien, insbesondere die Friedelsheimer Deponie, die von der Maßnahme betroffen sein könnte. Herr Wietschorke erläutert, dass davon auszugehen ist, dass der LBM dies bereits in der Vorplanung beachtet habe.

Zugleich weist AM Brenzinger darauf hin, dass Prognosen keine gesicherten Fakten darstellten und unklar sei, ob die angenommene Entwicklung tatsächlich eintrete. Der Nutzen des Projekts erschließe sich daher nicht. Die voraussichtlichen Baukosten könnten sich infolge von Inflation und Mehrkosten auf etwa 10 Mio. Euro belaufen.

AM Günther fasst die Diskussion zusammen und schlägt einen Beschlussvorschlag vor.

Bürgermeisterin Bauernschmitt weist darauf hin, dass die Frist zur Abgabe der Stellungnahme bis zum 04.09.2025 laufe. Nach Auffassung des LBM stelle die derzeitige Situation keinen bedarfsgerechten Ausbau dar. Angesichts des bestehenden Verkehrsaufkommens müsse die Infrastruktur vielmehr bereits jetzt angepasst werden.

Frau Müller stellt klar, dass sich der LBM mit dem Thema Emissionen befasst habe. Diese Thematik habe der LBM im Rahmen eines Fachbeitrags prüfen müssen.

Die Verwaltung schlägt vor, den Beschlussvorschlag vor dem Hintergrund der Beratung zu ergänzen. Die Stadt fordert mit Nachdruck, dass im weiteren Verfahren folgende Punkte berücksichtigt werden:

Die Stadt Bad Dürkheim habe sich in ihrem Klimaschutzkonzept verpflichtet, Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen zu ergreifen. Im vorliegenden Planfeststellungsverfahren sei jedoch nicht dargestellt, wie die zusätzlichen Emissionen durch den Verkehr sowie die örtlichen Belastungen reduziert werden sollen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Bad Dürkheim stimmt der Planung für den bedarfsgerechten Ausbau der B 37 zwischen der AS Friedelsheim und der Verzweigung Bad Dürkheim Ost zu.

Die Stadt fordert mit Nachdruck, die von der Landwirtschaftskammer geforderten Belange in die weitere Planung miteinzubringen und nachfolgende Punkte im laufenden Verfahren einer weiteren Prüfung zu unterziehen:

- Reduzierung der in Anspruch genommenen Weinbaufläche auf das benötigte Mindestmaß, sowohl für den Straßenkörper als auch für landespflegerische Maßnahmen
- Abstimmung der zur Anpflanzung vorgesehenen Bäume und Sträucher mit dem DLR
- Berücksichtigung von Ausweichbuchten bei der Wirtschaftswegunterführung
- Der Rückbau des Wirtschaftswegs km 0,135 km bis km 0,262 sollte durch eine Befestigung des Weges Fl.Nr. 8965 und Fl.Nr. 8949 kompensiert werden.
- Bad Dürkheim hat sich in seinem Klimaschutzkonzept verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die die Emission reduzieren. In Ihrem Planfeststellungsverfahren ist nicht ausgeführt, wie Sie die zusätzlichen Emissionen durch den Verkehr und bei uns vor Ort reduziert werden.

Nachrichtlich Ausschuss für Weinbau, Landwirtschaft und Forsten

Abstimmungsergebnis: Zugestimmt mit Stimmenmehrheit
Ja: 11 , Nein: 7 , Enthaltung: 1 , Befangen: 0

Abstimmungsergebnis: Zugestimmt mit Stimmenmehrheit
Ja: 10 , Nein: 7 , Enthaltung: 2 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 3:

Fortschreibung des Teilregionalplans Freiflächen-Photovoltaik

hier: Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Personen des Privatrechts gemäß § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz i.V.m. § 6 Abs. 3, 4 und § 10 Abs. 1

Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz

Vorlage: 2025/0165/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Zur Fortschreibung des Teilregionalplanes Freiflächen-Photovoltaik werden von Seiten der Stadt Bad Dürkheim keine Bedenken und Anregungen vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Ja: 18 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 4:

Bebauungsplan "In den Kornwiesen"

hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Absatz 1 BauGB

Vorlage: 2025/0182/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen:

1. Den Bebauungsplan gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich ergibt sich aus dem in der Anlage dargestellten Bereich.
3. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „In den Kornwiesen“.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 5:

Gemeinde Ellerstadt - Bebauungsplan "Erweiterung 2 - Gewerbegebiet In der Nauroth"
hier: Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1
BauGB
Vorlage: 2025/0185/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Die Belange der Stadt Bad Dürkheim werden durch den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes „Erweiterung 2 - Gewerbegebiet in der Nauroth“ nicht beeinträchtigt. Es werden keine Bedenken und Anregungen vorgebracht.

Sollten im weiteren Verfahren die Grundzüge der Planung nicht wesentlich geändert werden, ist eine erneute Beteiligung nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 6:

Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vorlage: 2025/0171/2.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein. In der heutigen Sitzung sollten nach ihrer Darstellung vor allem Ideen gesammelt und Meinungen ausgetauscht werden.

Herr Wietschorke erläutert den aktuellen Sachstand anhand einer Präsentation. Diese ist im Ratsinformationssystem eingestellt.

Auf Nachfrage von AM Hanke hinsichtlich einer Kurzparkmöglichkeit (z.B. 30 Minuten) auf den Parkplätzen P10 und P09 teilt die Verwaltung mit, dass im Vorschlag bisher eine kürzere Parkdauer dort nicht vorgesehen sei.

Die Verwaltung erläutert auf Nachfrage von AM Dorrman, dass die Parkgebühr und -dauer in der Stadt einem Zonenplan zugrunde liegt. Dieser sei Bestandteil der Gebührenordnung. AM Dorrman merkt weiter an, dass bei einem Rundgang drei von fünf Automaten nicht in Betrieb gewesen seien.

AM Schacht teilt zur Bewirtschaftung der Parkplätze in der Gutleutstraße mit, dass sich dadurch ein Verlagerungseffekt auf die Dr.-Kaufmann-Straße ergeben könne. Bürgermeisterin Bauernschmitt ergänzt, dass beobachtet werden müsste, wie sich dies entwickle, da grundsätzlich eine Verlagerung des Parkens stattfinden werde.

AM Wolf teilt mit, dass die Notwendigkeit einer Erhöhung der Gebühren mit Blick auf die haushalterische Situation gesehen werde. In den Fraktionen werde nun eine ausführliche Beratung zum Verwaltungsvorschlag erfolgen.

AM Parti schlägt die Einführung eines Jahrestickets für einzelne Parkzonen vor.

AM Mühlbeier verweist auf das Mobilitätskonzept, demzufolge der Innenstadtbereich vom Autoverkehr entlastet werden solle. Die Parkgebühren im Innenstadtbereich stiegen allerdings geringer als im Außenbereich, was dem Mobilitätskonzept widerspreche.

AM Rings spricht für die Erhebung von Gebühren auf der Limburg aus und regt zudem an, die Möglichkeit kürzerer Parkzeiten auf den Parkplätzen in der Gutleutstraße zu prüfen.

AM Müller teilt mit, dass sie vor dem Hintergrund der gestiegenen Kosten und Abgaben für die Bürger eine Erhöhung der Parkgebühren ablehne.

AM Hagen schlägt vor, die Gebühr im Innenstadtbereich auf 1,60 € pro Stunde anzuheben.

AM Lang führt aus, dass man dem Beschlussvorschlag in der derzeitigen Form nicht zustimmen könne.

AM Brodhag teilt für die FDP mit, dass die Parkgebühr auf der Limburg ursprünglich nur zur Deckung der Unterhaltungskosten gedacht gewesen sei. Unter Berücksichtigung des Vorsteuerabzugs könne man, wenn dieses Thema keine Rolle spiele, auf die Gebührenerhebung verzichten. Zudem solle für den Parkplatz in der Gutleutstraße keine Gebühr erhoben werden.

AM Brust weist im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Parkplätze in der Silz, der Gutleutstraße und am Krankenhaus darauf hin, dass sich der Parkdruck zunehmend in die Dr.-Kaufmann-Straße sowie in den Bereich Silz verlagere. Auch die Leistadter Straße und die Sonnenwend Straße würden verstärkt zugeparkt. Vor diesem Hintergrund müsse nach seiner Auffassung über die Einführung von Bewohnerparken nachgedacht werden.

Herr Moritz erläutert auf Nachfrage, dass derzeit drei Hilfspolizeibeamte im Verkehrsüberwachungsdienst eingesetzt seien. Eine Stelle könne krankheitsbedingt aktuell nicht im Außendienst besetzt werden und werde deshalb im Innendienst verwendet. Es stelle sich die grundsätzliche Frage nach den Kontrollrhythmen und dem Maß an Überwachungsdruck, das aufgebaut werden solle. Die Verkehrsüberwachung stütze sich sowohl auf interne als auch auf externe Erfahrungen, um ein tragfähiges und ausgewogenes Konzept zu gewährleisten, um regelmäßige Kontrollen zu gewährleisten.

Die Fraktionen werden gebeten, den Vorschlag der Verwaltung intern zu beraten und bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses eine Rückmeldung zu geben.

Beschluss:

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 7:

Radverkehrskonzept

hier: Kurparkachse

Vorlage: 2025/0154/2.3

AM Hoffmann erklärt, dass sie als Mitglied der Radgruppe die Erforderlichkeit einer deutlicheren Beschilderung erforderlich sehe. Zwei Schilder allein würden nicht ausreichen. Schwierigkeiten gingen weniger von den Radfahrern auf der Achse selbst als vielmehr von Querfahrern aus. Der SPD-Fragebogen sei missverständlich gewesen, da er den gesamten Kurpark und nicht allein die Achse abgefragt habe. Mit gezielten Nachsteuerungen könne die Freigabe besser funktionieren; man solle die Situation nach einem Jahr erneut bewerten.

AM Lang führt für die SPD-Fraktion aus, dass man nicht grundsätzlich gegen den Radverkehr sei. Die SPD sehe jedoch das Problem, dass sich viele Fußgänger unsicher fühlten. Besonders ältere Menschen müssten besser geschützt werden. Die Zunahme von E-Rollern sowie das hohe Tempo mancher E-Bikes stellten ein zusätzliches Risiko dar. Das Rad könne auch geschoben werden.

Auf Nachfrage von AM Lang erläutert Herr Moritz, dass die Kontrolle des Radverkehrs im Kurpark in den Zuständigkeitsbereich der Polizei falle.

Es wird klargestellt, dass die SPD-Umfrage sich auf den gesamten Kurpark bezogen habe und daher nicht die konkrete Situation auf der Achse widerspiegele.

AM Parti hebt hervor, der Kurpark in erster Linie ein Erholungsraum für die Bürgerinnen und Bürger sei.

AM Wolf erinnert daran, dass der Versuch auf Anregung der Rad-AG durchgeführt worden sei. An einzelnen Kontrolltagen habe man eher andere Konfliktlagen beobachtet, etwa von Fahrrädern, die vom Kurhaus in den Park einfuhren. Er spricht sich dafür aus, den Test noch ein weiteres Jahr fortzuführen. Eine Gefährdung habe er nicht festgestellt. In einer Kurstadt müsse ein rücksichtsvolles Miteinander von Fußgängern und Radfahrern möglich sein.

AM Riedle äußert sich kritisch und wies darauf hin, dass letztlich die menschliche Fehlbarkeit die größte Gefahrenquelle darstelle.

AM Brodhag teilt mit, dass es innerhalb der FDP hierzu keine einheitliche Position gäbe. Besonders an der Westseite des Gradierbaus werde die bestehende Beschilderung nicht beachtet. Er spricht sich gegen eine dauerhafte Freigabe aus.

AM Mühlbeier legte die Beweggründe der Arbeitsgruppe Radverkehr dar und verwies auf die Bedeutung der Achse als sinnvolle Verbindung für den Radverkehr.

Beschlussvorschlag:

Die Kurpark-Achse im Abschnitt zwischen Wurstmarktparkplatz und Mannheimer Straße wird dauerhaft für den Radverkehr freigegeben. Die Freigabe erfolgt unter der Maßgabe, dass im freigegebenen Durchfahrtsbereich die Fußgänger Vorrang haben. Zur Minimierung von Konflikten werden weitere Beschilderungen und Bodenmarkierungen zur Klarstellung ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 9 , Nein: 10 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 8:

Kindertagesstätte Leistadt

hier: Vergabe der Dachdecker-, Spengler-, Zimmerer- und Gerüstbauarbeiten

Vorlage: 2025/0183/2.2

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Die Dachdecker-, Spengler-, Zimmerer- und Gerüstbauarbeiten für die Kindertagesstätte Leistadt werden an die Fa. Emil Walther und Söhne GmbH & Co. KG, Bruchstraße 50, 67098 Bad Dürkheim zu einem Angebotspreis von 354.699,90 € (brutto) vergeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 9:

Baubetriebshof

hier: Vergabe Mietwäsche Warnschutzkleidung für die Mitarbeitenden

Vorlage: 2025/0184/2.6

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag zur Lieferung der Mietarbeitskleidung für die Mitarbeitenden des Bauhofs zum Angebotspreis von 83.623,39 € (brutto) wird an die Firma Kreuznacher Zentralwäscherei GmbH & Co. Mietwäsche KG vergeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 10:

Informationen

- Therme
- Rustengut

Therme

Die Verwaltung informiert über den aktuellen Sachstand.

Rustengut

Die ursprünglich vorgesehene Baumaßnahme konnte aufgrund interner Priorisierungen bei den Stadtwerken Bad Dürkheim nicht wie geplant umgesetzt werden und wurde daher zurückgestellt. Nach aktueller Bewertung befindet sich der Leitungsbestand noch in einem technisch ausreichenden Zustand, sodass kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Ein möglicher Baustart ist derzeit für die Jahre 2028/2029 vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 11:

Anfragen

- AM Mühlbeier berichtete als Anwohner des Holzwegs, dass in der Nachbarschaft die Erwartung bestanden habe, wonach die Maßnahme bereits zum 01.01. beginnen sollte. Die Verwaltung stellte hierzu klar, dass zunächst in der zweiten Jahreshälfte die weiteren Planungen vorangebracht werden müssten. Von Seiten der Anwohnerschaft wurde insbesondere Sorge geäußert, dass im unteren Bereich des Holzwegs eine erhebliche Zahl an Parkplätzen wegfallen könnte. Die Verwaltung sagte zu, zu gegebener Zeit erneut in Kontakt mit den Anwohnerinnen und Anwohnern zu treten und das weitere Vorgehen gemeinsam zu erörtern.
- AM Müller spricht die Situation in Ungstein an und verwies auf fehlende Bodenpiktogramme, insbesondere im Bereich Waldgasse / Kallstadt. Zudem stellt sie die Frage, was unter einem „zeitnahen“ Vorgehen bei der Anbringung zusätzlicher Tempo-30-Schilder zu verstehen sei. Die Verwaltung erläuterte, dass derzeit Schwierigkeiten bei der Umsetzung bestünden, da die beauftragten Firmen mit den Markierungen nicht nachkämen. Ungstein stehe dabei nicht zurück, vielmehr seien mehrere Maßnahmen im Stadtgebiet betroffen. Um künftig eine schnellere Abwicklung zu ermöglichen, werde geprüft, ob Maßnahmen zusammengefasst und diese entsprechend ausgeschrieben werden könnten.
- AM Lang erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand zur Einrichtung der Radstraße in der Bürgermeister-Gropp-Straße. Die Verwaltung teilte hierzu mit, dass die Umsetzung derzeit ebenfalls von den Kapazitäten der ausführenden Firma abhängen. Geplant sei, die Maßnahme gemeinsam mit weiteren Projekten in einer Ausschreibung zu bündeln. Vorab werde die Verwaltung jedoch nochmals direkt bei der Firma nachhaken, ob eine schnelle Realisierung möglich sei.
- Auf Nachfrage von AM Lang nach der Anpassung der Rotmarkierung des Radwegs im Triftweg erläuterte die Verwaltung, dass sich auch dieses Vorhaben aufgrund begrenzter Kapazitäten der Fachfirma verzögere.
- AM Brodhag weist auf Probleme mit der Geschwindigkeitsanzeige an der B37 in Höhe Grethen insbesondere stadteinwärts hin. Die Anzeigen würden seiner Beobachtung nach fehlerhaft reagieren, zu früh anschlagen und dabei keine korrekte Geschwindigkeit wiedergeben. Die Verwaltung teilte mit, dass ggfs. eine erneute Kalibrierung der Geräte erforderlich sei.